



Innovation – Digitalisierung

Fakten | Argumente | Positionen

Betriebliche FuE in den Fokus rücken, Transfer als Selbstverständlichkeit etablieren, Digitalisierung der Verwaltung an Unternehmen ausrichten, Kommunen beim Breitbandausbau unterstützen und durch Landräte zentral koordinieren!

Situation Sachsen

Ein hohes Niveau von Forschung, Entwicklung und Innovationstätigkeit ist ein wesentliches Mittel, das für den Aufholprozess notwendige Wachstum zu erzeugen.

Der Anteil der sächsischen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), die kontinuierlich Forschung- und Entwicklung (FuE) betreiben, ist im bundesdeutschen Vergleich überdurchschnittlich hoch. Ungeachtet dessen besteht bei FuE-Potenzialen sächsischer KMU Ausbaubedarf. In vielen Betrieben muss die Innovationsfähigkeit erst systematisch entwickelt werden. Aufgrund fehlender Konzerne und deren FuE-Abteilungen sind die privaten FuE-Investitionen gemessen am sächsischen BIP deutlich unterdurchschnittlich ausgeprägt. Die FuE-Potenziale Sachsens sind in hohem Maße im öffentlichen Sektor konzentriert.

Die Chancen der Digitalisierung werden immer mehr erkannt. Im nationalen Vergleich ist die sächsische Wirtschaft dennoch in weiten Teilen unterdurchschnittlich digitalisiert. KMU werden bei der Umsetzung durch den hohen Investitionsbedarf, notwendige Weiterbildungsmaßnahmen sowie Sicherheitsrisiken gehemmt. Weiterhin ist im nationalen und internationalen Vergleich beim Breitbandausbau zwar ein Aufholprozess erkennbar, dennoch bestehen noch erhebliche Defizite beim Einsatz zukunftsfähiger Technologien.

Betriebliche FuE in den Fokus rücken

- Der Fokus aller Anstrengungen muss auf der betrieblicher FuE liegen und die Belange der KMU im Vordergrund stehen.
- Der Wissens- und Technologietransfer aus Forschungseinrichtungen in die Wirtschaft muss zur Selbstverständlichkeit werden.
- Neben Forschung und Lehre ist der Transfer in Universitäten als dritte feste Säule zu etablieren. Die Universitäten sind deshalb angehalten, konkrete Problemstellungen aus der freien Wirtschaft aufzunehmen und in ihre Forschungstätigkeit zu überführen. Die Grundlagen des Wissens- und Technologietransfers sind auch wissenschaftlichem Personal aus BWL-fremden Fachrichtungen in der Breite zu vermitteln.

Sächsische Innovationsstrategie umsetzen

Die Sächsische Innovationsstrategie bietet schon seit 2013 weitere konkrete Anhaltspunkte für Maßnahmen, welche bis heute in weiten Teilen nicht umgesetzt wurden. Wir erwarten von der Staatsregierung, folgende Punkte anzugehen:

- Konkrete Vorgaben zur Zusammenarbeit mit regionalen Unternehmen in Zielvereinbarungen zwischen dem Freistaat Sachsen und den sächsischen Hochschulen.
- Abhängigkeit der Mittelzuwendung an Hochschulen von der Intensität der Zusammenarbeit mit der regionalen Wirtschaft.
- Gewährung von Boni für Institute/Lehrstühle für die Zusammenarbeit mit der regionalen Wirtschaft (Forschung, Transfer, Ausbildung usw.).
- Systematische Erfolgskontrolle im Wissenschaftsbereich hinsichtlich eines erfolgreichen Zusammenwirkens mit der regionalen Wirtschaft.

Fördermaßnahmen sichern, ausbauen und entbürokratisieren

- Die sächsische Technologieförderung muss auch zukünftig finanziell ausreichend abgesichert werden.
- Die Programme sind grundsätzlich technologieoffen und für Unternehmen unbürokratisch auszugestalten.
- Die Personalförderung hat im Bereich Wissens- und Technologietransfer sowie eigene FuE einen hohen Stellenwert, daher sollten die Maßnahmen InnoExperts und Transferassistent verstetigt und ausgebaut werden.
- Entbürokratisierung Innovationsfördermaßnahmen: z. B. sollten bei der Maßnahme „InnoExperts“, die insgesamt vier verschiedenen Bausteine zu einem „InnoExpert“ zusammengefasst, vereinheitlicht und mit nur einem Antrag ermöglicht werden.

Strategiepapier „Sachsen digital“ präzisieren

- Die sächsische Digitalisierungsstrategie „Sachsen Digital“ ist grundsätzlich positiv zu bewerten, da mit dieser erstmals die Digitalisierungsmaßnahmen des Freistaats Sachsen gebündelt öffentlich gemacht wurden und dadurch eine ressortübergreifende Kommunikation der Regierung gefördert wird.
- Die wesentlichen Themenschwerpunkte werden adressiert – Infrastruktur, Sicherheit, Bildung, Innovationen und Digitalisierung der Verwaltung.
- Mit dem Anfang August 2018 vorgestelltem Maßnahmenkatalog zur Digitalisierung wurde das ursprünglich zu allgemeine Papier bezüglich fixierter Meilensteine richtigerweise präzisiert. Wir mahnen allerdings an, eine übergeordnete Vision, klare Zielvorstellungen und vor allem eine deutliche Prioritätensetzung in die Strategie zu integrieren.

Bildung digital ausbauen

- Das Sächsische Staatsministerium für Kultus sollte spezielle Informatikkenntnisse (z. B. Programmierung) vermehrt in die Lehrpläne sächsischer Schulen integrieren. Reine Anwendungs- und allgemeine Medienkompetenzen sind nicht ausreichend.
- Berufsschulen sind ebenso wie Gymnasien und Oberschulen an die digitale Infrastruktur anzuschließen.

Digitalisierung der Verwaltung an Unternehmen ausrichten

- Die Verwaltung des Freistaates sollte mit gutem Beispiel vorangehen und ihre internen wie externen Prozesse weitestgehend digitalisieren.
- Die Bedürfnisse der Unternehmen nach unbürokratischen Verwaltungsdienstleistungen sind dabei vordergründig zu berücksichtigen.
- Die Staatsregierung ist in der Pflicht, hierzu einen konkreten Fahrplan zu entwickeln. Aus dem Strategiepapier „Sachsen digital“ geht kein solcher hervor.
- Vergleichen Sie hierzu unseren Positionspapier „Bürokratieabbau“.

Breitbandausbau beschleunigen

- Sowohl in Deutschland als auch in Sachsen sind die Anstrengungen beim Breitbandausbau weiterhin zu intensivieren. Bund und Länder müssen hier strategisch besser zusammenarbeiten und die Kommunen fachlich unterstützen. Das in Sachsen initiierte Breitbandkompetenzzentrum und der Breitbandkoordinierungsausschuss sind vor dem Hintergrund zu begrüßen.
- Wir begrüßen ebenfalls, dass der Freistaat den Eigenanteil der Kommunen beim Breitbandausbau übernimmt – insgesamt sind ausreichend Mittel zur Verfügung zu stellen.
- Im ländlichen Raum appellieren wir an die Landkreise, den Breitbandausbau in ihren Kommunen zu koordinieren. Erfahrungen zeigen, dass die Ausbauprozesse dort wesentlich erfolgreicher verlaufen, wo sie zentral auf Landkreisebene gesteuert werden. Die Staatsregierung setzt hier mit ihrem im Doppelhaushalt 2019/20 fixierten jährlichen Zuschuss von jeweils 100.000 Euro für entsprechende Koordinierungsaufgaben der Landkreise den richtigen Anreiz.

Bundes- und Europapolitik

Die IHK Dresden ist Mitglied im Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) mit Sitz in Berlin. Eine der wesentlichsten Aufgaben des DIHKs besteht darin, die gebündelten Interessen der regionalen Wirtschaft/ IHKs auf bundes- und europapolitischer Ebene in Berlin und Brüssel zu vertreten. Grundlage hierfür sind u. a. die „Wirtschaftspolitischen Positionen“ (WiPos) des DIHKs. Die IHK Dresden unterstützt ins-besondere in folgenden bundes- und europapolitischen Forderungen:

- Steuerliche Forschungsförderung KMU-freundlich möglichst unbürokratisch, standardisiert und onlinebasiert ausgestalten, ohne Reduzierungen bei der themenoffenen Projektförderung
- Alternative Finanzierungsinstrumente wie Wagniskapital fördern und diesbezügliche steuerliche Unklarheiten gesetzlich regeln
- Bereitstellung ausreichender Haushaltsmittel für die Innovations- und Technologieförderung
- Fördermaßnahmen des Bundes sichern und ausbauen (insbesondere „Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand/ZIM“, die „Industrielle Gemeinschaftsforschung/IGF“ und „KMU-innovativ“)
- Alle neuen Gesetzesvorschläge und geltendes Rechts sind auf Innovationsfreundlichkeit zu prüfen: Bspw. Klärung, wer an von Maschinen erzeugten Daten partizipieren kann oder die Diskussionen über Uploadfilter beim Urheberrecht sowie die Umsetzung der EU-Richtlinie 2016/943 zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen.

Sie finden die aufgeführten Forderungen detaillierter in den Wirtschaftspolitischen Positionen des DIHK unter:

www.dihk.de/themenfelder/wirtschaftspolitik

Ansprechpartner:

Moritz John, Referent Mittelstandspolitik und Soziale Medien | Telefon +49 351 2802-106 | john.moritz@dresden.ihk.de
Steffen Waurick, Referent Technologie und Innovation | Telefon +49 351 2802-129 | waurick.steffen@dresden.ihk.de

 www.dresden.ihk.de

 www.facebook.com/ihkdresden1

 www.twitter.com/ihkdresden

